

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831 - 83

Fernschreiber 0886890

P/XIV/160 - 21. Juli 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Das Wiener Festival
Von Waldemar von Knoeringen
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

63

3

Das Feld der Bildung
Von Prof. Dr. Carlo Schmid
Vizepräsident des Bundestages

47

4 - 5

"Ein Problem ständig erörtern"
Günter Markscheffel berichtet aus Genf

68

6

Auf der Suche nach der Einheit
Afrikanische "Gipfelkonferenz" in Liberia

50

* * * * *
* * *

Das Wiener Festival

Von Waldemar von Knoeringen,
stellvertretender Vorsitzender der SPD

Die Tage, an denen in Wien die sogenannten Weltjugendfestspiele ablaufen werden (24. Juli bis 4. August), kommen heran. Zwölf Tage wird in Sport und Kulturveranstaltungen demonstriert werden, daß die Jugend hinter dem Eisernen Vorhang glücklich ist. Mit Blumen und farbenfrohen Gewändern wird man das auf Faszinierung der Jugend berechnete Fest ausstaffieren, um es zu einem eindrucksvollen Erlebnis für jugendliche Herzen zu machen. Es soll offenbar vor allem auf solche jungen Menschen wirken, die aus Afrika und Asien nach Wien kommen werden. Die gelben, braunen und schwarzen Jungen und Mädchen sollen auf diesem Fest das erfahren und es mit dem Vorzeichen des Kommunismus versehen, was ihnen die westliche Welt in vollem Umfange noch nicht zu geben bereit ist: das Erlebnis einer gleichberechtigten Gemeinschaft.

Das ist der äußere Eindruck. Die Wirklichkeit aber ist, daß hinter diesen farbenprächtigen und stimmungsvollen Spielen ein nackter politischer Zweck steht. Man veranstaltet diese Schau, für die die Sowjetunion offiziell einen Beitrag von vier Millionen Dollar zur Verfügung stellt, in der berechnenden Absicht, die Ideale junger Menschen, den Wunsch nach Frieden und Völkerverständigung in den Dienst der kommunistischen Machtpolitik zu stellen.

Diese Taktik der Kommunisten ist nicht neu. Sie ist so alt wie die kommunistischen Parteien selbst, die sie immer wieder mit wechselndem Erfolg angewendet haben. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat in ihren langen Kämpfen gegen den Kommunismus diese Methode in den verschiedensten Abwandlungen kennengelernt. Sie hat den Kommunisten nie den Gefallen getan, auf ihre Roßtäuschertricks hereinzufallen.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat aus dieser Einsicht eindeutig zu der Frage Stellung bezogen, ob es richtig sei, daß Vertreter demokratischer Parteien an den Weltjugendfestspielen teilnehmen. Er hat das mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Die Teilnahme von Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei an der Werbung und der Vorbereitung zur Beteiligung an den kommunistischen Weltjugendfestspielen ist nicht vereinbar mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei.

Für die Sozialdemokraten ist klar: Wir brauchen die Verbindung zu den jungen Menschen der Entwicklungsländer. Wir müssen alles tun, um diesen Völkern auf dem Weg zu nationaler Unabhängigkeit, politischer Freiheit und gesunden sozialen Verhältnissen zu helfen. Das kann man aber nicht dadurch erreichen, daß man in das Boot der Kommunisten einsteigt.

Zum ersten Mal finden die Weltjugendfestspiele in einem demokratischen Lande statt. Wenn die Veranstalter auch alles vorbereitet haben, um die Teilnehmer des Festival zu isolieren (die Teilnehmer aus den Ostblockländern reisen und wohnen auf einem Donaudampfer), so wird die Aufnahme in diesem freien Lande doch ihren Eindruck nicht verfehlen. Die demokratischen Jugendorganisationen Österreichs und Deutschlands, darunter auch die Sozialistische Jugendinternationale, werden in Vorträgen, Vorführungen und Diskussionen darstellen, wie die Jugend in den demokratischen Ländern lebt und arbeitet. Hier wird Gelegenheit sein, mit der Jugend aus den verschiedenen Ländern Beziehungen aufzunehmen.

Die Weltjugendfestspiele sind ein - nicht unbedeutendes - Instrument in der Hand der Kommunisten zur Verfolgung ihrer machtpolitischen Ziele. Daß sie dieses Instrument bisher mit einigem Erfolg handhaben konnten, weist auf Versäumnisse der demokratischen Länder hin. Versäumnisse in ihrer Politik gegenüber den jungen Nationen Afrikas und Asiens, Versäumnisse aber auch gegenüber der Jugend dieser Länder. Die wirklichen, weil ehrlich und ohne Nebenabsichten - auch ohne die Nebenabsicht, eine Schlacht im kalten Krieg zu gewinnen - geführten Weltjugendfestspiele gibt es noch nicht. Mögen die demokratischen Länder und ihre Regierungen bald erkennen, wo ihre Aufgaben liegen!

Das Feld der Bildung

Von Prof. Dr. Carlo Schmid

Auszug aus der in der 75. Sitzung des Deutschen Bundestages gehaltenen Rede.

Wohin werden wir kommen, wenn wir nicht auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung wieder fähig werden, mit eigener Kraft zu immer eindringlicherer Erkenntnis dessen vorzustossen, was die geistige und die materielle Welt im Innersten zusammenhält? Heute wird es vielleicht vom Wirtschaftspotential eines Volkes abhängen, ob ein Volk imstande bleibt, seine Geschichte selbst zu führen, oder ob es, was es an wissenschaftlicher Erkenntnis braucht um das Leben meistern zu können, von anderen Völkern beziehen muss und ob mit der Hinnahme der Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung in anderen Ländern auch die Bevormundung dieser anderen Länder wird hingenommen werden müssen. Wenn wir nicht den Mut haben, Milliardenbeträge in unser Bildungs- und Erziehungswesen zu investieren, Milliardenbeträge über das hinaus, was wir jetzt schon investieren, und wenn wir dabei nicht weitsichtig planen, dann werden wir noch weiter zurückfallen.

Bildung lebt nur in ewiger Neuschöpfung ihrer selbst weiter. Es mag vielleicht auch in unserem Volke welche geben, die der Gedanke, wir könnten aufhören, ein geistig schöpferisches Volk zu sein, nicht um den Schlaf bringt. Nun, auch denen möchte ich sagen, dass es bei den Dingen der Bildung nicht nur um den Luxus - wie sie meinen - kultureller Werte geht, sondern um unsere reale Zukunft; diese steht auch dabei auf dem Spiele! Mit so kurzsichtigem Denken kann man vielleicht im Tagesgeschäft etwas verdienen, um darum um so sicherer am Verfalltage alles zu verlieren. Es werden uns, wenn wir nicht grosse Anstrengungen machen, ganz schlicht die Menschen fehlen, die gebildet genug sind, einen modernen Produktionsapparat in Gang halten zu können; - um vom untersten anzufangen. Uns werden - und nun werden Sie nicht mehr so skeptisch blicken - einfach die Bürger fehlen, die gebildet genug sind, die sich ständig weiter komplizierenden Probleme des öffentlichen Lebens zu durchschauen und zu beurteilen. Die parlamentarische Demokratie - wir sollten das auch in diesem Hause nicht vergessen - setzt eine sich ständig hebende allgemeine Volksbildung voraus! Sonst funktioniert diese Form der Demokratie nicht. Ins Konkrete übersetzt bedeuten diese Perspektiven folgendes: Wenn wir diese viele Milliarden mehr als bisher kostenden Anstrengungen nicht auf uns nehmen, dann bekommen wir falsch oder ungenügend gebildete Produzenten; hilflose, dem Reklame-terror ausgelieferte Konsumenten; und was das bedeutet - was das auch unter dem Gesichtspunkt der Degradierung des Menschen bedeutet - brauche ich hier wohl nicht besonders auszuführen. Wir bekommen politische Analphabeten, die wehrlos jedem Propagandasog ausgeliefert sind. Wohin das führen muss, das sollte man in Deutschland nicht noch besonders aufzuführen haben. Wir werden Menschen bekommen - und das ist vielleicht das Schrecklichste -, die weder Kraft noch Lust haben, Gut und Böse zu unterscheiden, und die nicht mehr wissen wollen, was schön und edel ist. Denn auch diese Dinge wachsen nicht einfach wie Unkraut auf den Feldern, auch sie wachsen am Baume der Erkenntnis.

"Ein Problem ständig erörtern"

Man wird einige Tage warten müssen, um mit Sicherheit sagen zu können, ob es dem Westen gelungen ist, die Initiative in die Hand zu bekommen. Der am Montag von den Westmächten unterbreitete Vorschlag, die Genfer Außenminister-Konferenz in gewissem Sinne zu einer Institution zu machen, die - wie USA-Außenminister Herter sagte, - "ein Problem ständig erörtern" kann, deutet zweifellos das Bemühen des Westens an, den Russen etwas entgegenzukommen. Da zu den Arbeiten eines solchen Gremiums, vielleicht auf Botschafterebene, auch die Deutschen aus beiden Teilen Deutschlands hinzugezogen werden sollen, würde sich an der Form der jetzigen Außenminister-Konferenz wenig ändern. Neu ist dagegen der zweifellos von Herter bewußt vage gehaltene Vorschlag, daß man in Zukunft die bereits bestehenden technischen Kontakte zwischen Bundesrepublik und DDR im Rahmen der in Aussicht genommenen Verhandlungen erweitern könnte.

Man sieht an diesem Vorschlag der Westmächte, daß sie kaum noch die Möglichkeit haben, der Idee eines irgendwie gearteten gesamtdeutschen Gremiums aus dem Wege zu gehen. Es ist anzunehmen, daß es die Engländer waren, die bei dem Vorschlag zur Erweiterung der bereits bestehenden technischen Kontakte Pate gestanden haben. Interessanterweise haben diesmal auch die Franzosen keinen Einspruch dagegen erhoben, offenbar, weil die Engländer so geschickt waren, sich auf Äußerungen des Präsidenten de Gaulle zu stützen, die dieser zum Thema "Aktivierung der innerdeutschen Kontakte" bereits auf einer Pressekonferenz am 15. März dieses Jahres gemacht hatte.

Im wesentlichen dürfte es jetzt für beide Seiten darauf ankommen, "das Gesicht" zu wahren. Die Russen wollen sagen können, der gesamtdeutsche Ausschuß sei eine Tatsache geworden, der Westen wiederum hofft, behaupten zu dürfen, er habe die Schaffung eines neuen gesamtdeutschen Gremiums, entsprechend den sowjetischen Forderungen, nicht gebilligt, jedoch die Tür zu weiteren Verhandlungen der Deutschen untereinander nicht versperrt.

Man muß aber eine sehr harte Ablehnung von russischer Seite erwarten, wenn der Westen darauf besteht, daß sein neuer Vorschlag nur

Bestandteil des "westlichen Friedensplanes" bleibt, der als Ganzes nach wie vor zur Verhandlung stehen soll. In diesem westlichen Friedensplan ist nämlich die Forderung enthalten, daß ein wiedervereinigtes Deutschland selbst bestimmen soll, welche Militärbündnisse es eingehen will. Da es den Russen nach wie vor darauf ankommt, das mögliche Einschwenken Gesamtdeutschlands auf NATO-Kurs zu verhindern, werden sie wahrscheinlich das westliche Angebot nur dann ernsthaft diskutieren, wenn sie wissen, daß die militärischen Entscheidungsfragen mindestens ausgeklammert bleiben.

An dieser Stelle sind vermutlich auch die russischen Vorbehalte für eine länger als achtzehn Monate befristete Regelung der Berlin-Frage zu erwarten.

Nun hat es sich in der vergangenen Woche gezeigt, daß besonders die westdeutsche Delegation ständig bemüht war, "Härte" zu demonstrieren. Jedesmal, wenn der britische Außenminister Selwyn Lloyd versuchte, Anknüpfungspunkte für Kompromißlösungen zu finden, funkte Bonn dazwischen. Natürlich werden es die Engländer wegen dieser Aktivitäten Bonns kaum auf einen Bruch im westlichen Lager ankommen lassen. Es ist aber zu befürchten, daß sie eine wachsende Interesselosigkeit an der Lösung des deutschen Problems zeigen und von sich aus ein Gipfeltreffen ansteuern, dessen Ergebnis günstigenfalls die Besätigung des Status quo, also der Spaltung Europas und damit Deutschlands, sein könnte.

Es scheint so zu sein, daß Außenminister Herter ebenfalls diese Gefahr klar sieht und daß er deswegen am Montag den Russen mit einer beachtlichen Flexibilität begegnet ist. Gromyko sah sich jedenfalls in seiner zunächst ablehnenden Äußerung zu der Bemerkung ^{veranlasst} über die Form eines gesamtdeutschen Ausschusses ließe sich noch reden.

Wenn auch dieser Versuch zur sinnvollen Fortsetzung des Gesprächs in Genf scheitern sollte, dürften die Chancen für eine wirkliche Entspannung in Europa gering bleiben.

Auf der Suche nach der Einheit

Ed - Mehrere Tage lang diskutierten und konferierten in der vergangenen Woche im liberianischen Ort Sinoquelli die Staats- und Regierungschefs der drei wichtigsten westafrikanischen Staaten über die drängenden Probleme der afrikanischen Einheit. William S. Tubman, Präsident der Republik Liberia, eines im vorigen Jahrhundert von freigelassenen amerikanischen Negersklaven gegründeten Staatswesens, hatte seine beiden Kollegen Sékou Touré von Guinea und Kwame Nkrumah von Ghana zu einer Art "Gipfelkonferenz" des unabhängigen schwarzen Afrikas eingeladen. Die sich anhäufenden politischen Stürme südlich der Sahara und das von keiner europäischen Kolonialmacht mehr zu bremsende Unabhängigkeitsverlangen von Millionen von Afrikanern liess dieses Zusammentreffen zu einer entscheidenden Notwendigkeit werden. Und dies umso mehr, als die Vorstellungen der einzelnen Führer und Politiker über das zukünftige staatliche und wirtschaftliche Aussehen des schwarzen Erdteils weit auseinandergehen, wenn man einmal von der antikolonialen Plattform der Freiheitsbewegungen absieht. Der Grund hierfür ist nicht nur in dem Umstand zu suchen, dass die massgeblichen Persönlichkeiten des afrikanischen Nationalismus den verschiedenen Territorien und Stammesräumen entstammen, sondern findet auch durch die Tatsache seine Erklärung, dass sehr unterschiedliche nationale und soziale Leitbilder ihre politische Entwicklung bestimmt haben. Während Dr. Nkrumah, der sehr agile und intelligente ghanesische Ministerpräsident die Einheit der schon unabhängigen afrikanischen Staaten sofort und ohne viel Zeitverschwendung sozusagen aus dem Boden stampfen will, hierbei unterstützt vom Präsidenten der ehemals französischen Kolonie Guinea, schwebt dem ergrauten und taktisch so wenigigen liberianischen Staatschef Tubman eine langsamere Entwicklung zur Verschmelzung der afrikanischen Staaten vor. Allen drei ist klar, dass nur die Einheit des ganzen Afrikas die jungen Staaten vor neuer Abhängigkeit, sei sie wirtschaftlich oder politisch, bewahren kann. Aber Union sofort oder Bund unabhängiger Staatswesen, das war die Frage, um die es bei den Diskussionen ging und in Zukunft auch gehen wird. Tubman sieht vielleicht etwas realistischer in die Zukunft, wenn er zu einer langsamen "Vereinigung" Afrikas rät. Nkrumah und Touré aber, erfüllt vom begreiflichen Dynamismus einer grossen panafrikanischen Bewegung, erstreben das politische "hier und heute" an, vielleicht auch sie in der Befürchtung, äussere Entwicklungen könnten den Prozess der afrikanischen Freiheitsentfaltung abbremsen. Die Einflüsse asiatischer Staaten auf dem afrikanischen Erdteil sind im Wachsen, nicht immer ohne Misstrauen von den afrikanischen Nationalisten beobachtet. So wird es nicht verwundern, einmal später zu erfahren, dass die "grossen Drei" Afrikas auch hierüber gesprochen haben.

Zum anderen ist der Prozess der afrikanischen Unabhängigkeit nicht abgeschlossen. 1960 wird Nigerien frei, ein Land, das wohl an politischer Bedeutung wie auch wirtschaftlicher Potenz die drei anderen Staaten Westafrikas in den Schatten stellen könnte. Tubman, von dem man weiss, wie sehr er gerade die Vorgänge in Nigerien betrachtet, dürfte den Rat gegeben haben, erst einmal abzuwarten, was aus Nigerien wird, ehe sie ihre Vorstellung von der afrikanischen Einheit in die Praxis umsetzen wollen.